

URSULA HELMKE

GGG – Die zweiten 20

JahreWendzeiten – Überzeugungen – Kurssuche (Teil 1)

Unsere GGG wurde 2009 vierzig Jahre alt. Aus diesem Anlass erschien in der Ausgabe 3/2009 des GGG Journals ein Bericht von Joachim Lohmann über die Jahre, in denen er selbst Bundesvorsitzender war (1974-80), vor ihm Carl-Heinz Evers (1972-74), danach Otto Herz (1980-82) und Christa Lohmann (1982-88).

Dass historische Zeitabschnitte, auch private, sich selektiv in unserem Gedächtnis ablagen – diese Erfahrung kennen wir alle. Da ist es gut und nützlich, wenn Dokumente zur Verfügung stehen, die den Lauf der Geschichte festhalten, auch wenn manches dabei aus der subjektiven Gewichtung im größeren Kontext relativiert werden mag.

Die zu betrachtenden zweiten 20 Jahre stehen unserem Gedächtnis zeitlich näher als die Zusammenschau der Jahre 1969 bis 1988, sollen aber gleichwohl in vergleichbarem Ausmaß zusammengefasst werden. Dies erfolgt in zwei Abschnitten, der erste in dieser, der zweite in Ausgabe 3/2010 des GGG-Journals. Die seinerzeit nacheinander amtierenden Vorsitzenden Anne Ratzki (AR), Dieter Weiland (DW) und Ingrid Wenzler (IW) stellten dafür ihre individuellen Erinnerungen zur Verfügung, die im nachfolgenden Bericht nach bestem eigenem Wissen und Vermögen zusammengefasst werden, da die Gesamtheit der Originalbeiträge den redaktionellen Rahmen um ein Vielfaches überschritten hätte.

Deutsche Gesamtschul-Entwicklung in politischen Wendzeiten

Insgesamt ist die zu betrachtende Zeitspanne von 1988 bis 2008 durch außergewöhnliche politische wie auch spezifisch bildungspoli-

tische Ereignisse geprägt, die sowohl inhaltliche wie strategische Herausforderungen darstellten. Den drei Vorsitzenden muss uneingeschränkt bescheinigt werden, dass sie individuell und im Rahmen ihres jeweils kollegial agierenden Gesamtvorstands – und im weiteren Wirkungsradius mit den Landesvorständen im Hauptausschuss – die erforderliche politische Aktivität entfaltet und im Interesse der gesamtschulischen Entwicklung die notwendigen und möglichen Weichenstellungen eingeleitet haben. Sie und ihre Vorstandsmitglieder wurden von zahlreichen Vertrauensbeweisen und entsprechenden Voten bei den Wahlen und Wiederwahlen getragen

Aufregende Umbrüche in zwei deutschen Ländern

Anne Ratzki amtierte als Vorsitzende von 1988 bis 1993; Stellvertreter war bis 1990 Horst von Hassel, dann übernahmen Ursula Dörger und Klaus Winkel. Anne Ratzki gliedert ihren Bericht nachvollziehbar in zwei deutlich unterschiedene Teile. Der eine betrifft die „Herausforderungen durch ein neues, ein unbekanntes Land“, der andere trägt die Bezeichnung „im Rahmen bisheriger Vorstandsarbeit“, in dem sich die bildungspolitische Arbeit u. a. in zahlreichen intensiven Gesprächskontakten mit politisch und verbandspolitisch einflussreichen Partnern realisierte (z. B. SPD, FDP, GRÜNE, CDU, GEW, VBE, AfB, DGB, Beamtenbund) und bekannte Personen wie H. Schwier, D. Breitenbach, E. Rühmkorf, R. Raab, R. Wernstedt u. a. umfasste. Natürlich stand im thematischen Vordergrund stets die von der GGG gewünschte und geforderte Ausweitung der schulstrukturellen Umwandlung zur „Einen Schule für alle



Anne Ratzki (1993)

Kinder“ sowie die pädagogisch und strukturell geforderte Aufhebung des Zwangs zur äußeren Differenzierung in der Integrierten Gesamtschule.

Im Westen war die politische und bildungspolitische Situation in den Jahren 1988/89 zunächst geprägt von wachsender Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl / Genscher, in den Ländern hatte die SPD an Boden gewonnen und eine Gründungswelle von Gesamtschulen nach sich gezogen. Beides hatte dazu geführt, dass häufig Vorstandsmitglieder der GGG-Landesverbände in die Ministerien und Landesinstitute einzogen und von dort die bestehenden Gesamtschulen und weitere Neugründungen unterstützen konnten. Doch parteipolitisch nahm die SPD sukzessive das Ziel der Gesamtschule als ersetzende Schule zurück. Leistungsvorhalte und politische Rücksichtnahme auf das bürgerliche Wählerpotenzial und seine Präferenz von Gymnasien verzögerten die Ausbreitung von Gesamtschulen; in manchen Ländern und Gemeinden zog sich die Schulpolitik auf expliziten Elternwillen zurück. Der verlässlichste Bündnispartner der GGG blieb weiterhin der DGB, während die GEW sich schwer tat, ihre Position zwischen der Unterstützung von Gesamtschu-

len und ihrer eigenen Struktur entsprechend dem gegliederten System und seines Personals zu definieren (nach AR). Der GGG-BV unterstützte mittlerweile gezielt auch die ‚Kleine Gesamtschule‘ (s. Rödinghauser Erklärung), um z. B. weitere Gründungen in ländlichen Gemeinden zu fördern, hin und wieder sogar mit Unterstützung der örtlichen CDU.

„Bundesarbeitsgruppen nahmen eine rege Tätigkeit auf, von ihnen wurden Workshops auf den Kongressen und Veröffentlichungen in der blauen Reihe vorbereitet. Ausländische Schülerinnen und Schüler – Deutsche Gesamtschulen; Lehrerfortbildung für die Gesamtschule und Integration von behinderten und nicht behinderten Kindern in der Gesamtschule erschienen. Außer diesen Veröffentlichungen setzte die GGG nun stärker auf Fachtagungen – deutlich vorangebracht von Renate Müller-Daweke: Integrative Pädagogik, Integration von Behinderten und Integration in der Sekundarstufe I. In dieser Zeit begann auch das von Ursula Dörger initiierte und koordinierte Projekt Lehrerkoope-ration, das in mehreren Bundesländern und kurz darauf auch in den neuen Ländern die Teamentwicklung an Gesamtschulen förderte. GGG und GEW arbeiteten dabei eng zusammen.“ (AR)

Der Bundeskongress in Marburg 1989 fasste Beschlüsse zur Integration von Behinderten in die Gesamtschule und zur antirassistischen Erziehung. „Die innere Schulreform gewann an Gewicht“ (AR).

Die GGG und die Wende

Die Einleitung des Berichts von Anne Ratzki beginnt allerdings mit: „Als ich 1988 zur Vorsitzenden gewählt wurde, konnte niemand von uns ahnen, welche dramatischen Jahre vor uns lagen: Der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung ... Für die GGG bedeutete das: Die Information über Gesamtschulen, die Unterstützung von Initiativen und Runden Tischen zur Umwandlung der Polytechnischen Oberschulen in Gesamtschulen, die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und die Entwicklung ostdeutscher Landesverbände wurden 1990–93 Schwer-

punkte unserer Arbeit im Bundesvorstand. Wir durchlebten die Phasen des Aufbruchs und der Hoffnung, dass die Gesamtschulentwicklung gesamtdeutsch einen großen Schritt vorwärts käme, und der (späteren) Enttäuschung, dass durch westdeutsche politische Entscheidungen das gegliederte System nur wenig verändert auf den Osten übertragen wurde. Die Gesamtschulen fristeten – bis auf Brandenburg – bestenfalls ein Nischen-Dasein, und ihre Befürworter sahen sich zunehmend politischen Repressalien ausgesetzt.“

Dennoch fanden durch Patenschaften westdeutscher für ostdeutsche GGG-Landesverbände und Schulpartnerschaften West / Ost zahlreiche fruchtbare Begegnungen statt. Es war jedoch ebenfalls spürbar, dass in der DDR „ausgebremste“ bürgerliche Kreise auf ein differenziertes Schulsystem hofften, unterstützt von Lehrkräften, die auch gern eine ausgelesene Schülerschaft unterrichten wollten. Diese Gruppen begrüßten die werbenden Vorstöße des Philologenverbands und fanden ein Echo in entsprechenden Wahlprogrammen.

Der Kongress 1990 in Kiel erscheint im Rückblick bereits leicht getrübt: Einerseits wurde er ein großes Treffen der Gesamtschulfreunde aus Ost und West voller Aufbruchstimmung, und ein Antrag auf Neufassung der KMK-Vereinbarung von 1982 wurde vorbereitet – vor allem ging es um die größere Freiheit der einzelnen Schule in Fragen der Fachleistungsdifferenzierung –, der mit der Bitte um Unterstützung an alle Ministerien gesandt wurde, „auf den jedoch alle Kultusminister der SPD-West „mit bestenfalls guten Worten“ reagierten (AR).

Beim Bundeskongress 1991 in Hannover hielt der neue Kultusminister von Niedersachsen, R. Wernstedt, das Hauptreferat. „Ermutig durch den Regierungswechsel in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz und die enorme Zunahme von Gesamtschulen im vergangenen Jahr – deutschlandweit hatte sich die Zahl der Gesamtschulen fast verdoppelt – formulierte er die These, dass sich in allen Ländern die

Gesamtschule zur beherrschenden Schulform neben dem Gymnasium entwickeln werde, weil Eltern in der Demokratie bestmögliche Schulabschlüsse für ihre Kinder anstrebten“ (AR). Das bedeutete bereits die Zweigliedrigkeit als Perspektive, die K. Hurrelmann schon 1988 als Strategie vorgeschlagen hatte. Immerhin wurden vier neue Landesverbände aus Ostdeutschland in die GGG aufgenommen; die bildungspolitischen Foren diskutierten die Perspektiven der Schulentwicklung in Europa und in den neuen Ländern, die multikulturelle Erziehung in der Schule und die Autonomie von Schule. Aber: Aus einigen Ostländern wurde von Widerstand gegen die Gesamtschule und ihre Befürworter berichtet.

Der Kongress 1992 „Gesamtschulen lernen voneinander“ thematisierte vor allem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Schulen in Ost und West sowie die Optionen der gegenseitigen Weiterentwicklung. Mit Bedauern wurde zur Kenntnis genommen, „dass der Blick wieder mehr auf die äußere und innere Entwicklung von Gesamtschulen im Westen gerichtet sei, da Gesamtschulgründungen im Osten inzwischen stark erschwert waren und auch die Entwicklung in Brandenburg deutlich machte, dass Gesamtschule als Teil eines dreigliedrigen Systems (dort Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) einen prekären Stand haben würde“ (AR).

Die Bilanz der „Wende“

Am Ende ihrer Amtszeit 1993 titulierte Anne Ratzki die drei Jahre Schulpolitik in den Ost-Ländern, die so hoffnungsvoll begonnen hatten, bedauernd als „Rückwende“ und schreibt: „Schon bald nach der Volkskammerwahl am 18.03.1990 und verstärkt nach den Landtagswahlen im Oktober 1990 veränderte sich das bildungspolitische Klima in den neuen Ländern. Die westdeutschen Parteizentralen übertrugen den bildungspolitischen Streit in voller Schärfe auf die neuen Länder. Es ging nicht mehr um die innere Erneuerung der Schulen, sondern in vier der fünf Länder um die konsequente Durchsetzung des gegliederten Schulsystems. Als Instrumente zur Beendi-

gung bildungspolitischer Eigenständigkeit und unkonventioneller Schulexperimente wurden die neuen, von westlichen Regierungen vorgegebenen oder beeinflussten Schulgesetze eingeführt.“ Sie schließt mit Bitterkeit:

„Wir trauten denen, die sich aus eigener Kraft befreit hatten, nicht die Mitgestaltung unserer gemeinsamen Zukunft im Bildungsbereich zu, sondern übertrugen ein ständisches, veraltetes und wenig leistungsfähiges Schulsystem durch politische Landnahme auf den Osten, ohne einer wirklichen Erneuerung des Bildungswesens eine Chance zu geben.“



Dieter Weiland (1995)

Politische Innenschau

Mit Dieter Weiland wurde von 1993 bis 1999 ein vehementer Vertreter der konsequent integrierenden Gesamtschule Vorsitzender der GGG, der unsere schulpolitische Überzeugung immer wieder engagiert mit sozial-politischen Thesen verband, worin ihm die beiden Stellvertreterinnen Ursula Dörger und Ursula Helmke gern folgten. Sein Bericht beginnt mit einer kritischen Bestandsaufnahme der weithin verbreiteten Praxis in den „real-existierenden“ Gesamtschulen, womit er die Funktion der

„Leverkusener Beschlüsse“ als „visionäre Ausrichtung“ widerlegen möchte, als die sie von J. Lohmann neben der pragmatisch-praktischen Arbeit bezeichnet worden sind (s. Journal 3/2009).

Er schreibt u. a.: „Als die Bundesländer 1982 die Beschlüsse zur gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse fassten, schrieben sie allen Gesamtschulen die Niveau-Kurs-Differenzierung in den entscheidenden Fächern vor. Dass dies den Schulen als Korsett aufgezwungen wurde, welches die Entwicklung einer gesamtschulspezifischen Pädagogik be- und verhinderte, ist nur ein Teil der Wahrheit. Für die allermeisten Schulen beschrieben die Vorgaben lediglich ihre Praxis und ihre Realität. Es gab 1982 nur eine Handvoll Schulen, die zu diesem Zeitpunkt überzeugende alternative Strukturmodelle entwickelt hatten, und diese wurden ja dann auch auf einer „Ausnahmeliste“ anerkannt. (...) Erst sehr, sehr spät begann die Erkenntnis zu dämmern, dass man sich mit der dauerhaften Sortierung der Schüler/innen nach Lernleistung in Kursen oder Zweigen den Kern des gegliederten Schulwesens als trojanisches Pferd in die eigenen Schulen geholt hatte.“ Und weiter: „Dass Differenzierung möglicherweise keine Sache des Sortierens von Schülergruppen sei, sondern im Kern die Sache einer differenzierten Einstellung zu Schüler/innen und ihren Lernprozessen, das war eine verdammt späte Erkenntnis in Gesamtschulen und in der GGG“ (DW).

Vision und /oder real-existierende Schulen

Ob diese Wahrnehmung von Dieter Weiland zutreffender ist als die Darstellung von J. Lohmann oder aber sie ergänzt, sei dahin gestellt. Deutlich wird auf jeden Fall: Hier übernahm jemand den Vorsitz im Verband, der als Mitbegründer einer der Schulen auf der „Ausnahmeliste“ eine konkrete Vorstellung und gehörigen Impetus mitbrachte, an der inhaltlichen Weiterentwicklung der Gesamtschulen zu arbeiten. Das Team-Kleingruppen-Modell (TKM), das die später so

genannten „Gesamtschulen der zweiten Generation“ verwirklichten, war ein überzeugender Entwurf des gelingenden sozialen Lernens im Miteinander der Verschiedenen. Aber die Differenzierungsaufgaben der Kultusministerkonferenz (KMK), die 1982 die Bedingungen für die Anerkennung der GS-Schulabschlüsse waren, bildeten bis fast in die Gegenwart schwer zu überwindende Hürden.

Die drei Bundeskongresse dieser Vorstandsperiode waren dezidiert gesellschaftspolitisch akzentuiert, wobei natürlich die pädagogisch-didaktische Umsetzung der Theorie in den Arbeitsgruppen und Lernwerkstätten thematisiert und angeleitet wurde. Sie wurden außerordentlich kompetent von Christoph Heuser vorbereitet und begleitet, „dessen früher Tod (einige Jahre später) ein schlimmer Verlust für uns alle war“ (DW).

Beim Kongress 1995 in Rödinghausen wurde für das Grundsatzreferat Annedore Prengel gewonnen, deren 2 Jahre zuvor erschienenes Buch „Pädagogik der Vielfalt“ die Idee der Gleichwertigkeit der in aller Unterschiedlichkeit gemeinsam lebenden und von einander lernenden Kinder und Heranwachsenden überzeugend entfaltet. In 21 anschließenden Lernwerkstätten wurden die KongressteilnehmerInnen in praktische Beispiele der Umsetzung in den Grund- und Sek. I-Schulen eingeführt oder vermittelten ihre eigenen Wege.

1997 in Wörrstadt lautete das Kongressmotto Gesamtschulen fordern heraus, und es war gleichermaßen nach innen, auf die Konzepte der Gesamtschulen, wie nach außen, auf die „Verortung der pädagogischen Arbeit der Gesamtschulen und der GGG in sozialpolitische und historische Zusammenhänge“ gerichtet. Dieter Weiland schreibt dazu weiter: „Schon anlässlich einer Großdemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Abbau des Sozialstaates und für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Juni 1996 hatte sich die GGG in einer Grußadresse mit den Forderungen des DGB solidarisch erklärt und insbesondere auf den Zusammenhang

zwischen einer Politik der Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft und einem zergliederten, selektiven Schul- und Bildungswesen, das diese Spaltung legitimiert und fördert, hingewiesen.“ Die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, wurde für die Grundsatzrede gewonnen. Ihr Thema lautete: „Der Abbau des Sozialstaates führt in eine andere Republik.“

Im weiteren Verlauf wurde die Idee der solidarischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen in einen weiten historischen Bogen von der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution bis zum Grundgesetz der Bundesrepublik eingeordnet. Den Abschluss bildete die Proklamation des demokratischen Rechts auf gleiche Bildungschancen für alle, die an die Kultusministerien aller Bundesländer gesandt wurde.

Der Kongress 1999 Gesamtschulen – Traditionen und Widersprüche fand am historischen Ort, der Fritz-Karsen-Schule in Berlin, statt, die ihr 50-jähriges Bestehen feierte und in ihrer Geschichte als älteste Gesamtschule in Deutschland es vermocht hatte, den kurzen schulreformerischen Ansatz der Nachkriegszeit zu tradieren. Der Festredner Günter Grass („Der lernende Lehrer“) und die Tochter von Fritz Karsen waren beeindruckende, der GGG seelenverwandte Gäste.

Tradition und Kontinuität bzw. Widersprüche

Dieter Weiland schließt unmittelbar an das beglückende Erlebnis der Kontinuität in der Fritz-Karsen-Schule den Hinweis auf die Widersprüche und Brüche in der Gesamtschulentwicklung an: „Der Hauptwiderspruch, den die GGG auszuhalten hatte und hat“, so sein Einwand, „besteht in der schlichten Tatsache, dass alle Reformversuche in Richtung auf eine gemeinsame Schule für alle in Deutschland bisher gescheitert sind (...) überall, wo Gesamtschulen zugelassen wurden, sind sie lediglich ergänzende, nirgendwo ersetzende Schulform.“ In der Auseinandersetzung um die zielführende Strategie zur „einen Schule für alle“

Joachim Lohmann zum 75sten!



Joachim Lohmann auf der Didacta 2010 in Köln im Gespräch mit Martina Schmerr (GEW)

Lieber Joachim,

dein Geburtsdatum ist bekannt und so lässt es sich gar nicht vermeiden, dass dir die GGG zu deinem 75. Geburtstag am 18. Juni sehr herzlich gratuliert.

Deine Arbeit und dein Engagement für die Gemeinsame Schule für alle weisen über die engere Gesamtschulgemeinde hinaus. Als Mitarbeiter im PZ Berlin in den 60ern, als Stadtschulrat in Kiel in den 70ern, als SPD-Politiker in Schleswig-Holstein und nicht zuletzt als Vorsitzender des Landesverbandes und GGG-Bundesvorsitzender (in den Jahren 1974 bis 1980) warst du immer Wegbereiter, Architekt, Baumeister, aber auch Stratege und Taktiker des längeren gemeinsamen Lernens und hast dieses Ziel nie aus den Augen verloren. Du hast aktiv die Gründung einer Reihe von Gesamtschulen vorangetrieben (u. a. in Fröndenberg, Kamen, Kiel) und viele Veröffentlichungen nennen dich als Autor oder Herausgeber.

Wir kennen und schätzen dich als beharrlichen, streitbaren und solidarischen Kämpfer für die Schule ohne Aussonderung. Wir hoffen, dass du dich weiterhin in die aktuelle Diskussion um Ziele und Wege einbringen und einmischen wirst und so die Auseinandersetzung um die der Demokratie angemessene Schule auch künftig bereicherst und mit vorantreibst.

LOTHAR SACK

sieht es DW als unerlässlich an, mehr gemeinsames Lernen zu unterstützen, wo immer es vorgesehen wird, „aber alles dagegen, wenn vor lauter Identifikation mit Zwischenschritten (z. B. mit dem „Zweiäulenmodell“ welcher Art auch immer) die klare Zielsetzung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe I aus dem Blick gerät oder auf unabsehbare Zeit auf der Strecke bleibt.“ Diesen Versuchen bisher widerstanden zu haben, ist für Dieter Weiland ein großes Verdienst der GGG, keine strategische Schwäche, wie manche meinen.

Nachzuholen ist der Vermerk über den 25. Geburtstag der GGG, der 1994 mit viel politischer, wissenschaftlicher und journalistischer Prominenz als Zeitzeugen der vergangenen und gegenwärtigen Gesamtschulzeit in Berlin gefeiert wurde. In drei großen, gemischt besetzten Gesprächsrunden wurde kenntnisreich, auch anekdotisch diskutiert. Und als Geschenk zum silbernen Jubiläum wurde die großformatige Wanderausstellung über 12 vorbildliche Gesamtschulen eröffnet.

Fortsetzung in GGG-Journal 3/2010 ♦